

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM FRÜHJAHR 1963

Außenhandelsprobleme

Die Bemühungen um einen Erfolg der Leipziger Frühjahrsmesse waren diesmal besonders intensiv. Dafür war nicht nur die wachsende Bedeutung der Handelsmessen im Bundesgebiet, sondern auch der zunehmende Konkurrenzdruck anderer internationaler Messen im Ostblock, wie in Posen, Brunn und Budapest, Anlaß genug. Trotzdem ging der Umsatz auch dieser Frühjahrsmesse weiter zurück und betrug nur noch rd. 4 Mrd. DM gegenüber einem Umsatz von über 4,3 Mrd. DM im vorigen Frühjahr. Auch der Rückgang der ausländischen Besucher von 50 000 auf 36 000 deutet die Verringerung der außenwirtschaftlichen Bedeutung der Leipziger Messe an.

Da die Umsätze nicht mehr nach Ostblockländern und der übrigen Welt getrennt angegeben worden sind, läßt sich im einzelnen nicht genau sagen, ob in dieser gebietsmäßigen Aufteilung Änderungen eingetreten sind. Da aber der Gesamtumsatz mit westlichen Ländern nur ganz geringfügig unter dem des Vorjahres lag, muß der Rückgang den Handel mit Ostblockländern stärker getroffen haben. Das gilt jedoch nicht generell. Dem starken Schwund des Chinahandels steht die wachsende Handelsverflechtung mit der Sowjetunion gegenüber. Insgesamt soll im Jahre 1962 der Außenhandel der Zone mit den Ostblockländern um 10 vH zugenommen haben. Allein mit der Sowjetunion wurden für 9,2 Mrd. DM Waren bei einem Gesamtumsatz mit Ost und West von 19,2 Mrd. DM ausgetauscht. Der Handel der Ostblockländer mit Rotchina wird dagegen in diesem Jahre mit 2,5 Mrd. Rubel nur noch etwa ein Drittel des Umsatzes vom Jahre 1959 erreichen.

Auch dem Interzonenhandel brachte die Frühjahrsmesse keine neuen Impulse. Nach den gültigen Vereinbarungen muß die Zone bis zum 30. Juni alle Konten des Handelsabkommens glattstellen. Da sie seit Jahren mit 50 bis 80 Mill. DM bei der Bundesrepublik in der Kreide steht, wird sie, wenn sie eine Barzahlung vermeiden will, ihre Lieferungen zwar noch verstärken müssen, aber sie kann nicht mit steigenden Bezügen rechnen.

Seit dem Jahre 1960 ist der Umsatz im Interzonenhandel um etwa 10 vH zurückgegan-

gen. Es ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob dies allein die Folge der sinkenden Konkurrenzfähigkeit der Industrie der SBZ ist oder ob hierbei schon Auswirkungen der sogenannten Störfreimachung — der Umstellung von westdeutschen auf sowjetische Waren — zu spüren sind. Die Wahrscheinlichkeit einer planmäßigen Steuerung ist bisher sehr gering. Die Ansprüche der Verbraucher in der Bundesrepublik hinsichtlich Qualität, Dessin und Service sind so gestiegen, daß beispielsweise die westdeutschen Bezüge an Textilien aus der SBZ in den Jahren 1960 bis 1962 um mehr als 26 vH, die Bezüge von Erzeugnissen des Maschinen-, Fahrzeug- und Schiffbaus und der elektrotechnischen Industrie um fast 27 vH und die Bezüge von chemischen Erzeugnissen aus der Zone sogar um 30 vH gesunken sind. Auch der Absatz von Erzeugnissen der feinmechanischen und optischen Industrie der SBZ ging im Interzonenhandel von 1960 bis 1962 um 20 vH zurück. Auf der diesjährigen „photokina“ in Köln war trotz einer Einladung der Ausstellungsleitung keine mitteldeutsche Firma als Aussteller vertreten; bei der letzten Ausstellung im Jahre 1960 waren es noch 16.

Neben den Grundstoffen und Massenprodukten und der billigen industriellen Stapelware sind die Erzeugnisse der oben genannten Art alles, was die Zone für die dringend benötigten westdeutschen Erzeugnisse zu bieten hat. Allein die Lieferfähigkeit der SBZ bestimmt die Umsatzhöhe des Interzonenhandels. Wenn die oben geschilderte Entwicklung auch in diesem Jahre anhält, dann ist kaum noch damit zu rechnen, daß wie im vorigen Jahre vermehrte landwirtschaftliche Produkte bei Einschränkung der Bezüge im Bereich der metallverarbeitenden Industrie in die SBZ gelangen. 1962 bezog die SBZ nur für 116,5 Mill. Verrechnungseinheiten (VE) Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie der Bundesrepublik. 1961 lag der Wert dieser Bezüge bei 180 Mill. VE, während der Bezug landwirtschaftlicher Produkte von 75,6 auf 151,5 Mill. VE anstieg.

Gewiß stehen diese Erzeugnisse auf der letzten Position der Einfuhr-Dringlichkeitsliste, aber schon im vorigen Jahr mußte Pankow seine Planung auf diesem Gebiet umstoßen, weil die Versorgungsnotlage einfach dazu zwang. Es gibt bisher keine Anzeichen dafür, daß die Versorgung der Bevölkerung in diesem Jahre verbessert werden könnte. Erreicht aber die landwirtschaftliche Eigenerzeugung nicht das vorgesehene Maß, dann bliebe wieder nur der Ausweg zusätzlicher Einfuhren, das wäre aber bei einem weiteren Absinken der industriellen Ausfuhr in die Bundesrepublik dann nur noch mit Barzahlung zu finanzieren, wozu so gut wie keine Möglichkeit besteht.

Aus dem erst im März dieses Jahres veröffentlichten amtlichen Bericht über die Erfül-

lung des Volkswirtschaftsplanes 1962 geht hervor, daß die Einfuhr von Fleisch insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 88 vH, von Butter um 9 vH, von Pflanzenöl und Fischkonserven um 22 vH, von Kaffee um 7 vH und von Kakao um 4 vH erhöht worden ist. Ein wesentlicher Teil dieser Importe lief über den Interzonenhandel. Seine Funktionsfähigkeit zu erhalten, dürfte also schon aus diesem Grunde für die Zonenbehörden wichtig sein.

Rückständige Landwirtschaft

Nach dem amtlichen Bericht ist die Landwirtschaft mit zum Teil erheblichen Ausfällen und Rückständen ins neue Jahr gegangen. „In der tierischen Produktion wurden die Ziele des Planes nicht erreicht. Das ist zurückzuführen auf die niedrigen Erträge bei vielen pflanzlichen Erzeugnissen, insbesondere bei Kartoffeln im Jahre 1961, auf die ungenügenden Erträge bei Rohfutter im Jahre 1962 sowie auf Mängel in der Produktionsorganisation der Viehwirtschaft.“ Schwere Tierverluste reduzierten die Viehbestände bei Kühen um 78 000 und bei Schweinen um 820 000 Stück. Die niedrigen Hektarerträge des Jahres 1961 wurden dagegen im Jahre 1962 bei vielen Fruchtarten übertroffen (Doppelzentner/ha): Getreide 26,4, (Weizen 31,1, Roggen 21,3, Speisehülsenfrüchte 14,8, Ölfrüchte 14,4 und Kartoffeln 179.¹⁾

Im ersten Quartal dieses Jahres lag nach den Angaben von *Honecker* die Marktproduktion bei Schlachtvieh noch immer unter dem Niveau des ersten Quartals 1962. Wegen ungenügender Milchproduktion rügte er die Bezirke Neubrandenburg, Rostock, Schwerin, Magdeburg, Chemnitz, Gera und Dresden. „Das staatliche Aufkommen an Eiern wurde bis zum 31. März 1963 nur mit 84 vH erfüllt. Dadurch fehlen für die Versorgung rund 92 Mill. Stück Eier.“ Ob der harte Winter den Feldfrüchten mehr als sonst geschadet hat, ist noch nicht zu übersehen. Auf jeden Fall hat er die Frühjahrsbestellung erheblich beeinträchtigt so daß wieder der landwirtschaftliche Notstand ausgerufen werden mußte, was für die Bevölkerung zusätzliche Arbeitseinsätze an den Wochenenden bedeutete.

Die amtlichen Hinweise zum Stand der Viehwirtschaft im 1. Quartal 1963 lassen keine Besserung für die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch erhoffen. „Man kann und darf sich nicht länger mit der Tatsache abfinden, daß der Kampf um die Senkung der Tierverluste in fast allen Bezirken nicht mit der erforderli-

chen Entschlossenheit, Sachkenntnis und Zielstrebigkeit geführt wird. In einer Reihe Bezirke, wie Potsdam, Suhl, Dresden, sind die Rinderverluste im Vergleich zum Vorjahr erheblich angestiegen. In fast allen Bezirken sind die Schweineverluste gegenüber den Vorjahren größer geworden.“ Dieses Geständnis schwerer Schäden paßt schlecht zu der proklamierten Überlegenheit des sozialistischen landwirtschaftlichen Systems über die freie Landwirtschaft im Westen. Die Änderung der Produktionsverhältnisse nach der Zwangskollektivierung sollte ja nach der Theorie einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeuten. Drei Jahre sind seit der Beseitigung des freien Bauerntums in der SBZ vergangen. Die Ergebnisse dieser Umstellung sind so verheerend, daß *Ulbricht* gut beraten wäre, wenn er sich dem Vorbild *Gomulka*s anschliesse, der die polnische Landwirtschaft wieder weitgehend entkollektiviert.

Weil es den landwirtschaftlichen Betrieben vielfach an Futter für das Vieh fehlt, haben sie in den letzten Jahren Ackerland zu Grünland gemacht, was zur Folge hatte, daß beispielsweise die Getreideanbaufläche der SBZ in den letzten drei Jahren um etwa 200 000 ha zurückgegangen ist. Diese Entwicklung soll jetzt mit allen Kräften umgekehrt werden. Offensichtlich hatte die Planwirtschaft Pankows hier keinen Kontakt mehr zwischen dem grünen Tisch der Planer und dem Grünland.

Das ZK der SED sah sich veranlaßt, am 20. April einen von *Ulbricht* unterzeichneten Brief an die „Werk tätigen der sozialistischen Landwirtschaft“ zu richten, der sich eingehend mit deren Mängeln befaßt. Das gegenwärtige Produktionsniveau in der gesamten Landwirtschaft reiche nicht aus, um die Bevölkerung gleichmäßiger und besser versorgen zu können. Unordnung und Schlamperei seien die Hauptursachen für die Nichterfüllung der Pläne. Diese beiden Eigenschaften gehörten früher nicht zur Arbeitsweise der Bauern, sie sind eine Begleiterscheinung der kollektivierten Landwirtschaft. Das ZK sollte allerdings wissen, daß daneben auch viele sogenannte objektive Schwierigkeiten die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe beeinträchtigen, wie fehlende gute Stallungen, ungenügende Saatgut- und Futtermittelversorgung, die noch immer nicht ausreichende Mechanisierung in der Landwirtschaft und so manches andere mehr.

„Alle politisch-ideologischen Hemmnisse, die eine rationelle Wirtschaftsführung erschweren“, seien zu überwinden. Wenn diese Forderung des ZK optimal erfüllt werden sollte, müßte die gesamte Kollektivierung beseitigt werden; denn die sie tragende politische Ideologie ist das schwerste Hemmnis für die rationelle Wirtschaftsführung der mitteldeutschen Land-

1) Zum Vergleich: Hektarerträge in der Bundesrepublik 1962 (dz/ha) bei Getreide 31 (Weizen 34,8, Roggen 27,1), Kartoffeln 260,6.

Wirtschaft. Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter wurden vom ZK aufgerufen, im Jahre 1963 noch mehr für den Markt zu produzieren. Sie und viele Verbraucher, die sich früher weitgehend mit Fleisch, Milch und Eiern selbst versorgt und daneben noch einen Teil Produkte an den Staat verkauft hatten, belasteten in den ländlichen Gebieten in den letzten Jahren zunehmend die Versorgungslage, indem sie als zusätzliche Käufer das verringerte Angebot mit beanspruchten. In der „überlegenen Plan-Landwirtschaft“ der Zone geht es jetzt also auch um Tante Malchens Kaninchen.

Milliardenbeträge sind bisher als Subventionen in die kollektivisierte Landwirtschaft geflossen. Die Banken der SBZ hatten großzügig Kredite zu gewähren. Das soll jetzt anders werden. „Wir sind der Meinung“, so schrieb Ulbricht, „daß denjenigen LPG und VEG, bei denen es hohe Viehverluste gibt, für den entstandenen Einnahmefall durch die Produktionsleitungen und durch die Bauernbank keine Kredite, Überbrückungskredite oder andere staatliche Mittel bewilligt werden.“ Nachdem Prämien und andere finanzielle Belohnungen das Leistungsniveau nicht heben konnten, soll nunmehr das „Prinzip der materiellen Interessiertheit“ mit der materiellen Verantwortung gekoppelt werden. — Das finanzielle Risiko im Wirtschaftsprozess könnte sich durchaus leistungssteigernd auswirken, aber wohl kaum im System einer Befehlswirtschaft.

Auf der gleichen Ebene liegen die Maßnahmen, mit denen versucht wird, die LPG zum Ankauf eigener Traktoren und anderer landwirtschaftlicher Maschinen anzuhalten — eine Parallele zur sowjetischen Landwirtschaftspolitik —, was in der SBZ bisher wenig Erfolg hatte. Die staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen berechnen ab 1. Juli 1963 höhere Tarife bei der Verwendung ihrer Maschinen auf den kollektivierten Feldern, wobei lediglich die Großmaschinen ausgenommen werden. So wird in Zukunft beispielsweise 1 ha Pflugfurche statt 25 DM eine Gebühr von 62 DM kosten; 1 ha Drillarbeiten 16 DM statt 5 DM.

In dem Bericht, den Honecker für das Politbüro der SED an das ZK erstattete²⁾, wird bezeichnenderweise als letzte der ökonomischen Hauptaufgaben für 1963 die kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung genannt. Die darin zum Ausdruck kommende Mißachtung des privaten Verbrauchs ist im Grunde auch für die landwirtschaftliche Misere der SBZ verantwortlich zu machen.

Benachteiligung des privaten Verbrauchs

Unter dieser Einstellung leidet neben der landwirtschaftlichen Produktion auch die Er-

zeugung industrieller Konsumgüter und die Tätigkeit der staatlichen Handelsorgane, die ihrer Natur nach gar nicht Handelsfunktionen erfüllen, sondern nur Verteileraufgaben zu lösen haben. Sie müssen sich im Bericht über das Wirtschaftsjahr 1962 Vorwürfe seitens der staatlichen Instanzen gefallen lassen, die auch der Vernachlässigung des privaten Verbrauchers gelten — Vorwürfe also, die an sich das verbraucherfeindliche System selbst treffen. „Die Produktion von Konsumgütern wurde nicht in Übereinstimmung mit der Entwicklung der Kaufkraft der Bevölkerung gebracht. Dies zeigt sich in einer Zunahme der Warenbestände vor allem an Textilien, Bekleidung und einigen technischen Konsumgütern im Groß- und Einzelhandel.“ Aus diesem Wortlaut wird der unvoreingenommene Leser schließen, daß mehr Waren produziert worden seien, als die Kaufkraft der Bevölkerung aufnehmen konnte. Das ist aber keinesfalls gemeint; denn an anderer Stelle wird das unzureichende Warenangebot zugegeben und dargestellt, daß der Umsatzplan bei industriellen Konsumgütern nicht erfüllt werden konnte. Die produzierten Konsumgüter fanden keine Käufer, weil sie nicht einmal den ohnehin nicht verwöhnten Verbrauchern in der SBZ genügten. Dieser Tatbestand ist mit folgendem Satz umschrieben worden: „Der Handel besitzt noch unzureichende Kenntnisse über die Bedarfsentwicklung und unternimmt ungenügende Anstrengungen, um den Bedarf richtig zu lenken.“

Diese staatliche Bedarfslenkung spürt die Bevölkerung überall. So stellte der Feriendienst der Gewerkschaften 1962 über 1,2 Mill. Berufstätigen Ferienreisen zur Verfügung. „Hinzu kommen noch etwa 500 000 In- und Auslandsreisen, die das Deutsche Reisebüro und das Komitee Touristik und Wandern vermittelten, sowie Tausende von Kurzfahrten, Wanderungen, Aufenthalte in Kinderferienlagern und auf Zeltplätzen“, rühmt der amtliche Bericht. In der SBZ gab es 1962 etwa 7 Mill. Beschäftigte. Ihre Familienangehörigen, soweit sie nicht berufstätig sind, kommen zu dieser Zahl noch hinzu. Die in diesem Mißverhältnis zum Ausdruck kommende Übernachfrage hat in diesem Jahre dazu geführt, daß bereits Mitte April die „Zentrale Zeltplatzvermittlung Ostseebezirk in Stralsund“ bekanntgab, daß für die zu vergebenden 271 000 Plätze, die vom 1. Mai bis zum 30. September entlang der Küste zur Verfügung stehen, 1,5 Mill. Anträge vorlägen. Mit dem Komitee für Touristik und Wandern wurde zur Bewältigung dieses Problems vereinbart, 60 vH der Zeltplätze bevorzugt an Gruppen aus Betrieben, Schulen, Organisationen und Institutionen zu vergeben. Ferienerholung im Kollektiv genießt den Vorzug. Die Antragsformulare für Zeltplätze müssen übrigens käuflich erworben werden.

2) „Neues Deutschland“, Ostberlin, vom 13. 4. 1963, S. 3 ff.

SOWJETZONE

Im 1. Quartal 1963 soll der Plan der industriellen Bruttoproduktion mit 95 vH und der Bauproduktion mit 65 vH erfüllt worden sein. Das Jahr 1963 soll die Voraussetzungen für das erfolgreiche Anlaufen des im Jahre 1964 beginnenden Siebenjahrplanes schaffen. Der strenge Winter, mit dem kein Planer rechnen konnte, hat dieses Programm bereits ernsthaft gefährdet. „Der Rückstand in der Warenproduktion beträgt mehrere hundert Millionen D-Mark. Außergewöhnlich starke Rückstände gibt es bei der Durchführung der Investitionsmaßnahmen, besonders bei den Großvorhaben.“ In vielen Betrieben sei gefordert worden, die Planaufgaben 1963 um eben diese Rückstände zu reduzieren, selbst da, wo eine volle Aufholung der Rückstände volkswirtschaftlich unbedingt erforderlich sei. Gegen diese Forderungen wandte sich das ZK mit aller Schärfe.

Ganz anders wurde diese Frage dort gesehen, wo zur Aufholung von Rückständen keine „unbedingte volkswirtschaftliche Notwendigkeit“ bestehe, nämlich in der Konsumgüterindustrie. Mit Sicherheit wird also das wirtschaftliche Schwergewicht noch mehr als schon bisher auf die Industriegüterproduktion verlagert, um wenigstens in den „volkswirtschaftlich wichtigsten Bereichen“ die entstandenen Schäden und Ausfälle ausgleichen zu können. Auch hier kommt die oben erwähnte Einstellung gegenüber dem privaten Verbrauch deutlich zur Geltung. „In der Leichtindustrie, besonders in der Textil- und Bekleidungsbranche, sind Rückstände bei solchen Erzeugnissen, für die kein volkswirtschaftlicher Bedarf mehr vorliegt, nicht um jeden Preis aufzuholen. Es ist auch nicht länger möglich, die Produktion in solchen Betrieben der Leichtindustrie weiterzuführen, in denen Sortimentsveränderungen nicht durchführbar sind und deren Erzeugnisse keinen Absatz mehr finden. Diese Betriebe sind entsprechend den Beschlüssen des Ministerrates in ihrer Produktion umzustellen.“

Diese neuerliche Benachteiligung der Konsumgütererzeugung wird zwar kein Allheilmittel sein können für die Beseitigung der Ausfälle und Mängel in der Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüterindustrie, zumal ihre Bedeutung von Jahr zu Jahr — verglichen mit den bevorzugten Industriebereichen — geringer geworden ist, aber die Benachteiligung der Konsumgüterindustrie setzt natürlich gewisse Kräfte frei, die als unverhoffte Reserven an anderer Stelle einzusetzen sind, soweit sie nicht von den Reibungsverlusten des planwirtschaftlichen Systems der SBZ — im Grunde ein Zerrbild einer Planwirtschaft — aufgeessen werden.

Im Juli 1962 wurde als prinzipielle Arbeitsgrundlage eine „Verordnung über die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investi-

tionen“ erlassen. Im Frühjahr 1963 mußte anlässlich einer Arbeitstagung aller Investitionsverantwortlichen der Vereinigung volkseigener Betriebe (WB) Elektroprojektierung und -anlagen festgestellt werden, daß die gesetzlichen Grundlagen nicht in allen Investitionsabteilungen vorhanden seien, wodurch die Vorarbeiten der Investitionen eine völlig ungenügende Qualität aufwiesen.

Terminplan für 1964

Nach dem verbindlichen Terminplan des Volkswirtschaftsrates für die Planung 1964 sind Materialbestellungen für metallurgische Erzeugnisse bis zum 1. November 1962 und spätestens bis zum 1. Februar 1963 aufzugeben, „sofern das Material der Produktion im 2. oder 3. Quartal 1963 für solche Geräte zur Verfügung stehen muß, die im 1. oder 2. Quartal 1964 ausgeliefert werden“. Die Industrie klagt nun darüber, daß sich Außenhandel und Versorgungskontore immer wieder vorbehalten, ihre abschließenden Bedarfswünsche erst Mitte des Jahres für das folgende Jahr zu nennen. Das führe ständig zu Annullierungen, Um-dispositionen und letzten Endes zu Überplanbeständen.

Verantwortungsbewußte Industriefunktionäre beschwerten sich darüber, daß die unsinnigen Bestelltermine für die Erzeugnisse der metallverarbeitenden und der Elektroindustrie zu Bedarfsangaben führten, die bestenfalls auf Grobschätzungen beruhten und mit exakter Planung nicht vereinbar seien. „Ebenso selten lassen Menge und Sortiment der Vorräte beim Verbraucher eine rasche Reaktion zu; beim staatlichen Produktionsmittelgroßhandel gibt es keine Sortiments- und qualitätsgerechte Lagerhaltung, auch nicht bei Normteilen und anderen branchetypischen Erzeugnissen.“ Diese Unterschätzung der Rolle der Materialwirtschaft und die Vernachlässigung der Bedarfsforschung zwängen immer wieder zu Feuerwehreinsetzen für die Versorgung der Betriebe mit Grund- und Hilfsmaterialien.

Seit Beginn der langfristigen Wirtschaftsplanung in der SBZ sind nunmehr fast 14 Jahre vergangen, ohne daß es gelungen wäre, auch nur annähernd die Voraussetzungen für einen reibungs- und störungsfreien Ablauf der Industrieproduktion zu schaffen. Dies macht es sehr fraglich, ob die Richtlinie des Volkswirtschaftsrates, nach der im Jahre 1963 im Bereich der Investition und der Modernisierung des technischen Apparates die ursprünglich für einen Zeitraum von zehn Monaten geplanten Aufgaben bereits in neun Monaten bewältigt sein müssen, erfüllt werden kann.

Dr. Walter Meier